

Wintersession 2021 Sessionsrückblick - 1. Woche



Höchste Schweizerin

Die Aargauerin Irène Kälin von der Grünen Partei ist neu die höchste Schweizerin. Sie wurde am Montag mit 151 von 166 gültigen Stimmen zur Präsidentin des Nationalrats gewählt und löst damit den Berner SVP-Politiker Andreas Aebi ab. Kälin will ihr Präsidentschaftsjahr dem Motto Vereinbarkeit unterstellen - der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der Vereinbarkeit von verschiedenen Meinungen.

An die Seite von Kälin wurden Martin Candinas (Mitte/GR) mit 172 von 174 gültigen Stimmen als Vizepräsident und Eric Nussbaumer (SP/BL) mit 145 von 167 gültigen Stimmen als zweiter Vizepräsident gewählt.

Ständeratspräsidium

Thomas Hefti ist neuer Ständeratspräsident. Die kleine Kammer wählte den 62-jährigen Glarner und FDP-Politiker am Montag mit 44 von 45 gültigen Stimmen. Hefti folgt auf den Schwyzer SVP-Mann Alex Kuprecht. Bereits Heftis Vater Peter Hefti war Ständeratspräsident. Zur ersten Vize-Präsidentin wählte der Ständerat Brigitte Häberli-Koller (Mitte/TG). Sie erhielt 43 von 43 gültigen Stimmen. Zweite Vize-Präsidentin wurde Elisabeth Baume-Schneider (SP/JU), ebenfalls mit sämtlichen abgegebenen gültigen Stimmen (43).

Vereidigung

Zum Auftakt der Wintersession sind in Bern zwei neue Nationalrätinnen vereidigt worden: Die Basler LDP-Politikerin Patricia von Falkenstein und die Waadtländer GLP-Politikerin Céline Weber Koppenburg. Von Falkenstein wird im Bundesparlament der FDP-Fraktion angehören. Sie rückt für Christoph Eymann nach. Bei den Grünliberalen ersetzt Céline Weber Koppenburg die zurückgetretene Isabelle Chevalley.

Strafverfolgung

Bei einem Kriminalfall sollen Ermittlerinnen und Ermittler künftig mehr Informationen aus DNA-Spuren eines mutmasslichen Täters herauslesen dürfen, aber nur, wenn es sich um gewisse Delikte wie vorsätzliche Tötung, Mord und Totschlag, schwere Körperverletzung, Verstümmelung weiblicher Genitalien, sexuelle Handlungen mit Minderjährigen, Geiselnahme oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Nationalrat stimmte dem Vorschlag des Ständerats eines klar definierten Deliktskatalogs zu. Das Geschäft geht nochmals an den Ständerat, da noch die Frage offen ist, wie mit den DNA-Profilen im Falle eines Freispruchs, einer Einstellung oder Nichtanhandnahme umgegangen werden soll.

Strafrecht

Bei Angriffen auf Mitarbeitende von Polizei, Feuerwehr und Blaulicht-Organisationen sollen nach dem Willen des Nationalrats weiterhin in jedem Fall Geldstrafen möglich sein. Die grosse Kammer hält an dieser Differenz zum Ständerat fest. Der Nationalrat fällte seinen Entscheid mit 107 zu 78 Stimmen ohne Enthaltungen. Der Ständerat will seinerseits Geldstrafen nur noch bei Bagatelldelikten ermöglichen. An Differenzen hielt der Nationalrat auch in drei weiteren Punkten fest. Dabei geht es unter anderem um die Frage, wie Bankomaten-Sprengungen im Strafgesetzbuch genau erfasst werden sollen. Die Vorlage geht zurück in den Ständerat.



9 statt 7 Bundesräte

Die Landesregierung soll nach dem Willen des Nationalrats künftig neun statt sieben Mitglieder haben. Er hat eine entsprechende parlamentarische Initiative von Nadine Masshardt (SP/BE) mit 102 zu 79 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Die Befürworterseite argumentierte insbesondere mit der besseren Einbindung aller politischen Kräfte. Nun muss sich der Ständerat mit dem Vorstoss befassen. Dort dürfte es die Idee schwer haben. Die Staatspolitische Kommission des Ständerats (SPK-S) sprach sich bei der Vorberatung gegen eine Regierungsreform aus.

Coronavirus – Schweiz

Im Rahmen der Wintersession hat der Nationalrat am Dienstag weiteren Hilfen für Unternehmen des öffentlichen Verkehrs in der Pandemie zugestimmt. Konkret ging es um Beiträge von insgesamt 240 Millionen Franken. Wie der Bundesrat will er nicht nur den regionalen Personenverkehr und den Schienengüterverkehr weiter finanziell unterstützen, sondern auch den Ortsverkehr und touristische Verkehrsmittel. Die grosse Kammer stimmte dem zweiten Unterstützungspaket am Dienstag mit 131 zu 47 Stimmen bei 7 Enthaltungen zu. Die SVP hatte die Rückweisung der Vorlage verlangt, den Antrag lehnte der Nationalrat jedoch mit 132 zu 48 Stimmen bei 4 Enthaltungen ab.

Unterirdischer Güterverkehr

Die gesetzliche Grundlage für die Bewilligung des privatwirtschaftlich aufgegleisten Projekts "Cargo sous terrain" (CST) steht. Der Nationalrat hat die letzte Differenz mit dem Ständerat bereinigt und verzichtet auf einen Sonderschutz für bundesnahe Betriebe bei Enteignungen. Die grosse Kammer hat sich mit 99 zu 85 Stimmen bei einer Enthaltung der Minderheit ihrer Kommission angeschlossen und ist auf die Lösung des Ständerates eingeschwenkt. Das Geschäft ist damit bereit für die Schlussabstimmung. Mit dem Bundesgesetz will der Bundesrat sicherstellen, dass alle Interessierten gleiche Bedingungen haben beim Zugang zu den unterirdischen Anlagen.

Regionalverkehr

Der Nationalrat folgt bei gesetzlichen Massnahmen im Nachgang zu den Affären bei Postauto und BLS im Wesentlichen den Vorschlägen des Bundesrats. Er hat einer entsprechenden Änderung des Personenbeförderungsgesetzes zugestimmt. Der Entscheid in der grossen Kammer fiel mit 135 zu 53 Stimmen ohne Enthaltungen. Im Gesetz vorgesehen ist, für subventionierte Regionalverkehrsunternehmen explizit ein Gewinnverbot festzuschreiben. Weiter wird präzisiert, wie geplante Überschüsse verwendet werden müssen. Insgesamt sollen mit der Revision die Regelungen für den öffentlichen Verkehr und das Bestellverfahren vereinfacht werden. Die Vorlage geht an den Ständerat.

Altersvorsorge

Die Einnahmen aus den Negativzinsen der Schweizerischen Nationalbank sollen nach dem Willen des Nationalrats der AHV zugutekommen. Er hat einer entsprechenden parlamentarischen Initiative mit 108 zu 71 Stimmen bei sechs Enthaltungen zugestimmt. Der Rat unterstützte das Anliegen bereits zum zweiten Mal. Eine Minderheit der vorberatenden Kommission bezweifelte deshalb die Verfassungsmässigkeit des Vorstosses. Nun muss sich der Ständerat erneut mit der Sache befassen. Erst im Juni dieses Jahres hatte die kleine Kammer eine Motion des Zürcher SVP-Nationalrats Alfred Heer mit der gleichen Forderung abgelehnt. Im Nationalrat hatte Heers Motion ein Jahr zuvor eine Mehrheit gefunden.



Luftfahrt

Das zusätzliche Melderecht für Ärzte bei medizinischen Zweifeln an der Arbeitstauglichkeit von Flugpersonal bleibt umstritten. Der Nationalrat hat sich erneut knapp dagegen ausgesprochen. Damit bleibt die Differenz zwischen den Kammern im Luftfahrtgesetz bestehen. Arztpersonen sollen bei medizinischen Zweifeln an der Arbeitstauglichkeit von Flugpersonal das Recht erhalten, eine Meldung ans Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) zu machen. Dies soll helfen, psychische oder körperliche Erkrankungen bei Besatzungsmitgliedern frühzeitig zu erkennen. Bundesrat und Ständerat möchten dieses Instrument einführen, um die Sicherheit der Passagiere zu erhöhen.

Mikroverunreinigungen in Abwasserreinigungsanlagen

Nicht alle 740 Abwasserreinigungsanlagen (ARA) in der Schweiz sollen mit einer zusätzlichen Reinigungsstufe ausgebaut werden, sondern nur jene, die bei den Ausleitungen die Grenzwerte überschreiten. Der Nationalrat ist am Dienstag diskussionslos einem entsprechenden Vorschlag des Ständerats gefolgt. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N) hatte in einer Motion Massnahmen zur Elimination von Mikroverunreinigungen für alle ARA verlangt. Dagegen hatte sich auch der Bundesrat ausgesprochen. Mit der nun getroffenen Lösung sind nun noch rund 100 Anlagen von der Vorgabe betroffen. Deshalb ist auch der Bundesrat einverstanden.

Berufspilotenlizenz

Der Ständerat hat zum zweiten Mal und gegen den Willen des Bundesrates eine nationale Berufspilotenlizenz mit Altersgrenze 65 gutgeheissen. Damit haben beide Kammern zweimal je einen gleichlautenden Vorstoss überwiesen. Würden sie umgesetzt, droht ein Konflikt mit der EU im Zusammenhang mit dem Luftverkehrsabkommen. Von dem Entscheid würden derzeit rund zehn Berufspiloten in der Schweiz profitieren, vor allem Angestellte von Helikopterunternehmen. Insgesamt unterliegen in der Schweiz rund 9500 Fluglizenzen der entsprechenden EU-Verordnung. Diese verpflichtet die Schweiz zur Altersbegrenzung auf 60 Jahre für gewerbsmässige Personentransporte, wenn nur ein Pilot das Fluggerät fliegt.

Umwelt

Der Nationalrat verlangt Lösungen für die Förderung und Finanzierung nicht fossiler Verkehrsträger im öffentlichen Busverkehr. Er hat eine entsprechende Motion seiner Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF-N) mit 119 zu 55 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Nun ist der Ständerat am Zug. Der Vorstoss beinhaltet auch die Aufhebung der Befreiung der Dieselbusse von der Mineralölsteuer. Dieser "Diesel-Bonus" sei ein eklatanter Fehlanreiz bei der Bekämpfung des Klimawandels, sagte Jon Pult (SP/GR). Benjamin Giezendanner (SVP/AG) wiederum befürchtete einen Fehlanreiz durch eine zu starke Fokussierung auf die Elektrifizierung bei der Förderung nicht fossiler Treibstoffe. Das erschwere ein Schliessen der sich abzeichnenden Stromlücke. Mit der Motion beschäftigt sich als nächstes der Ständerat.

Klimaschutz

Der Nationalrat setzt im Kampf gegen den Klimawandel auch auf die aktive Entnahme von CO₂ aus der Atmosphäre oder aus Abgasen. Er will dem Bundesrat den Auftrag erteilen, entsprechende Projekte zu fördern. Sogenannte negative Emissionen seien darum unverzichtbar.



Die grosse Kammer hat eine entsprechende Motion ihrer Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek-N) stillschweigend angenommen. Emissionsminderungen allein genügten nicht, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Mit der Motion beschäftigt sich als nächstes der Ständerat.

Energie

Der Nationalrat hat ein Postulat seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) mit 101 zu 83 Stimmen abgelehnt, das die Abklärung des Energiesparpotenzial von Rechenzentren verlangte. Er folgte damit der Argumentation von Energieministerin Simonetta Sommaruga, die dem Rat darlegte, die Antworten lägen bereits auf dem Tisch und viele Datacenter hätten bereits Lösungen in Betrieb. Gemäss einer Studie liegt das Energiesparpotenzial bei knapp einer Terrawattstunde (TWh) oder 46 Prozent des heutigen Stromverbrauchs der Rechenzentren. Das Geschäft geht in den Ständerat.

Infrastrukturbauten

Auch der Nationalrat möchte, dass für Infrastrukturbauten anstelle von Stahlbeton vermehrt CO₂-speichernde Materialien verwendet werden. Er hat eine Motion des Thurgauer SVP-Ständerats Jakob Stark mit 146 zu 18 Stimmen bei 10 Enthaltungen angenommen. Im Zentrum des Vorstosses steht der Werkstoff Holz. In der Sommersession hatte sich bereits der Ständerat dafür ausgesprochen. Infrastrukturbauten trügen jährlich etwa fünf Prozent zum landesweiten CO₂-Ausstoss bei, argumentiert Stark in seinem Vorstoss. Ein Kubikmeter Holz könne langfristig rund eine Tonne CO₂ speichern. Somit könne Holz zur Dekarbonisierung beitragen.

Budget 2022

Nach über achtstündiger Debatte hat der Nationalrat am Mittwoch dem Bundesbudget fürs nächste Jahr zugestimmt. Überraschungen blieben aus: Die grosse Kammer folgte durchs Band den Mehrheitsanträgen ihrer Finanzkommission. Es verbleiben nur wenige Differenzen.

Der Bundesrat rechnete im Vorfeld der Debatte mit einem Defizit von rund zwei Milliarden Franken im nächsten Jahr, dies bei Ausgaben von 80,725 Milliarden Franken und Einnahmen von 78,643 Milliarden Franken. Das Minus rührt daher, dass auch 2022 zahlreiche wirtschaftliche und gesundheitspolitische Pandemie-Massnahmen finanziert werden müssen.

Die grosse Kammer beschloss gegenüber dem Voranschlag des Bundesrats nur wenige Änderungen. Am meisten ins Gewicht fällt eine zusätzliche Einlage in den Bahninfrastrukturfonds von 233 Millionen Franken. Damit sollen der Ausbau und der Unterhalt des Bahnnetzes forciert werden. Durch die Beschlüsse der grossen Kammer steigen die veranschlagten Ausgaben gegenüber dem Entwurf des Bundesrats unter dem Strich um rund 273 Millionen Franken. Im Vergleich zum Ständerat sind es zusätzliche 38 Millionen Franken.

Mit den Aufstockungen würde die Schuldenbremse nicht eingehalten. Deshalb beschloss die grosse Kammer, nicht nur die Corona-Hilfen für den öffentlichen Verkehr (215 Millionen Franken), sondern auch die 57,5 Millionen Franken für die Beschaffung von Medikamenten und Impfleistungen als ausserordentliche Ausgaben einzustellen. Finanzminister Maurer sprach von einem "Trickli".

In der Gesamtabstimmung nahm der Nationalrat die Budgetvorlage mit 130 zu 44 Stimmen an. Mit den wenigen verbliebenen Differenzen beschäftigt sich nächste Woche wieder der Ständerat.



Covid-Gesetz

Der Nationalrat will, dass der Bund die Kosten für die Corona-Tests wieder übernimmt. Er hat dies am Donnerstag bei der Beratung des Covid-19-Gesetzes beschlossen. Dieses war erneut im Parlament, weil bestimmte wirtschaftliche und gesundheitspolitische Massnahmen Ende Jahr auslaufen und der Bundesrat beantragt hat, diese zu verlängern. Dagegen stellte sich - wie bereits im Ständerat - niemand. Allerdings wollten Vertreter aus FDP und SVP, dass gewisse Massnahmen nur bis Mitte und nicht bis Ende 2022 verlängert werden. Als nächstes bespricht wieder der Ständerat das Gesetz.

Bern, im Dezember 2021
David Zuberbühler